

Passivität engt Handlungsspielraum ein

„Trotz positiver Zahlen bei der Gewerbesteuer kann mit den Einnahmen der Stadt so gerade der Haushaltsausgleich erzielt werden“, heißt es in einer SPD-Stellungnahme nach der Haushaltsberatung in der Fraktion. Ein beabsichtigter und notwendiger Schuldenabbau könne aber nicht erfolgen, im Gegenteil würden weitere Schulden aufgebaut. Um überhaupt mit der seit Jahren fälligen Schulsanierung beginnen zu können, müssten andere Investitionsmaßnahmen auf die nächsten Jahre verschoben werden. Investitionsstau verursahe aber wie beim Schulzentrum später oft höhere Kosten. „Die passive Gewerbeansiedlungspolitik der letzten zwanzig Jahre engt den Handlungsspielraum der Stadt immer mehr ein“, so Fraktionsvorsitzender Matthias Windhaus zu den Gründen der strukturellen Probleme. Um die Einnahmen langfristig dauerhaft zu erhöhen, sei ein offensives und planvolles Vorgehen überfällig und notwendig wie z.B. im Sinne des SPD-Ansiedlungskonzeptes, welches von Andrej Stöltzing federführend entwickelt wurde. In diesem Bereich setze der Bürgermeister aber keinerlei Impulse, im Gegenteil sei sein Handeln wie im Falle der Ansiedlung des Straßenbauunternehmens am Dinklager Ring oft hinderlich.

Auch die im letzten Jahr beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen zur Kostensenkung auf der Ausgabenseite seien bis heute vom Bürgermeister noch nicht umgesetzt worden. Hier fordert Wessel Mährlein die gegenüber der Kommunalaufsicht erklärte konsequente Umsetzung.

Die SPD befürworte weiterhin die Übertragung kommunaler Aufgaben an Dritte, wenn diese von den städtischen Partnern besser und auch günstiger erledigt werden können. „Der Verein Pro-Jugend übernimmt in diesem Zusammenhang die Jugendarbeit und Hortbetreuung am Nachmittag, der TVD die Betriebsführung der Schulsporthalle und des Hallenbades“, erläutert Udo Quaschigroch. Die Förderung ehrenamtlicher Arbeit in den Vereinen durch Zuschüsse sollte aber für alle gleich erfolgen und nicht noch der Lobby der Vereine in der CDU-Fraktion.

Die SPD-Fraktion fordert vor allem den Bürgermeister, aber auch die Mehrheitsfraktion auf, ein Konzept einer ernsthaften Haushaltskonsolidierung in Angriff zu nehmen. Dazu müssten als erstes die schon beschlossenen Maßnahmen endlich umgesetzt werden.